



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/45

22. Februar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Warschau assistiert Moskau	S.1
Vor Neuwahlen in England	S.3
Der Streit in der "Bruderschaft"	S.4
Ein Ost-West-Monolog	S.5

Störungsmanöver aus der Osten

O.H. Die Bemühungen des Warschauer kommunistischen Regimes, die Annexion der deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße zu legalisieren, äusserten sich bisher in wiederholten "Abmachungen" mit der Sowjetzonenregierung und fanden schliesslich am 27. Januar durch die Unterzeichnung eines dritten Abkommens, das die früheren Zusagen Grotewohls und Dertingers bezüglich einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als "endgültige" Grenze bestätigte, ihren Abschluss. Dieser vom Warschauer Regime erzielte zweifelhafte Triumph wurde aber schon wenige Tage danach weitgehend gedämpft durch die in der internationalen Öffentlichkeit sehr beachtete Erklärung des französischen Hohen Kommissars Francois-Poncet in Kiel, dass Frankreich die Oder-Neiße-Grenze vor Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht endgültig anerkenne. Warschau beeilte sich, durch den polnischen UNO-Delegierten Dr. Katz-Suchy in Lake Success an verschiedene amtliche Erklärungen französischer Staatsmänner aus den Jahren 1946 und 1947 zu erinnern, die dem polnischen Anspruch auf die deutschen Ostgebiete vorbehaltlos Rechnung trugen.

Über die deutsch-polnische Grenzfrage hinaus richtete sich der polnische Angriff in Lake Success gegen die gesamte Politik Frankreichs mit der deutlichen Absicht, das französische Volk gegen seine Regierung aufzuwiegeln. Die kürzlich stattgefundene Konferenz Plevin-Truman be-

deute, so heisst es in der polnischen Erklärung, nichts anderes als die "Akzeptierung einer Politik der Zustimmung zur Wiederbelebung jener Kräfte in Deutschland, deren Opfer Polen, Frankreich und ganz Europa gewesen seien", während die Äusserungen Francois-Poncets "von der französischen Regierung an die Adresse militaristischer, reaktionärer und revanachelüsterner Kreise in Westdeutschland gerichtet gewesen seien, um sie zur Beschleunigung der Remilitarisierung zu ermutigen".

Von der gleichen Tendenz ist auch die jüngste Note der polnischen Regierung an die Beneluxländer und Dänemark erfüllt, in welcher sich Warschau als Wortführer der seinerzeit von Nazideutschland überfallenen kleinen Nachbarstaaten Deutschlands anbietet und diese in Erinnerung an die Kriegsergebnisse für die Forderung nach Verhinderung einer Remilitarisierung der Bundesrepublik zu gewinnen sucht.

Die Aktionen der Warschauer Regierung lassen allzu deutlich die Moskauer Regie erkennen. Sie sind ein weiteres Glied in der Kette propagandistischer Manöver Moskaus der letzten Wochen, von welchen der Grotewohl-Brief, der Vorschlag einer Viermächte-Konferenz und die Protestnote der tschechischen Regierung gegen eine "Remilitarisierung" Deutschlands die wichtigsten sind.

Besonders der Appell an die Ressentiments des französischen Volkes gegen Deutschland ist angesichts der Bestrebungen um eine Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Völkergemeinschaft ein nicht zu unterschätzendes und für die französische Regierung gefährliches Störungsmanöver. Moskau weiss, dass es Frankreich grosse Überwindung kosten würde, Deutschland als gleichberechtigten Faktor in den Prozess zur Klärung der europäischen Situation einzureihen und es aus diesem Grunde ein empfindliches Glied in der westlichen Gemeinschaft ist. Der Angriff auf Francois Pöncet, der Hinweis auf seine alten Bemühungen um ein deutsch-französisches Kartellabkommen und auf seine Beziehungen sowohl zur französischen als auch zur deutschen Industrie sind ein deutlicher Wink an die Adresse der französischen Kommunisten.

Daß es bei dem polnischen Vorstoss nicht um die deutsch-polnische Grenzfrage ging, wurde besonders dadurch deutlich, als Katz-Suchy auf wiederholte Fragen, ob die polnische Regierung diese Frage denn nicht vor den Sicherheitsrat bringen wolle, nur ausweichende Antworten gab.

Mit den Aktionen der letzten Zeit hat Moskau das Deutschlandproblem zielbewusst von verschiedener Seite aufgerollt. Welches der nächste Schritt der Sowjets sein wird, ist nicht bekannt. Fest steht aber, dass mit diesem Manöver der Einbau Deutschlands in die westlichen Sicherheitspläne gestört werden soll.

Verschärfter Machtkampf in England

B.C., London, im Februar

Die Tage des vor einem Jahre (am 22. Februar 1950) gewählten Unterhauses sind offensichtlich gezählt. Es ist unmöglich, wirksam die Regierungsgeschäfte zu führen, wenn Minister fünf Nachmittage und Abende pro Woche im Parlament anstatt in ihren Ämtern verbringen müssen, um auf eine plötzliche Abstimmung vorbereitet zu sein; unmöglich, dass das Schicksal der Regierung und des Landes von den Launen des Grippebazillus abhängig sein soll. Bei einer Mehrheit von nur 14 von insgesamt 623 Sitzen spielt der Zufall eine zu grosse Rolle für eine ordentliche Führung der Regierungsgeschäfte.

Die Konservative Partei steht praktisch schon seit Anfang Januar im Wahlkampf. Aus allem und jedem sucht sie parteipolitisches Kapital zu schlagen, insbesondere aus den ernstesten wirtschaftlichen Problemen, die sich aus der Aufrüstung ergeben. Hier liegt wohl auch der Schlüssel und das Leitmotiv zum kommenden Wahlkampf.

Die brennende Frage ist jetzt, wer die Hauptlasten des Rüstungsprogramms tragen soll. Die Entscheidung darüber liegt im Staatshaushaltsplan, den Schatzkanzler Gaitskell programmgenäss am 10. April im Unterhause verkünden wird. Als Sozialist wird er sich bemühen, den Lebensstandard der Massen so wenig wie möglich anzutasten (völlig wird es sich allerdings wohl kaum vermeiden lassen), sondern die Hauptlast der Wehropfer den Reichen aufzubürden - durch höhere Profitbesteuerung, Luxussteuern, Dividendenbeschränkung und möglicherweise auch durch eine Kapitalabgabe. Die Konservativen, denen einerseits die Regierung nie genug für Waffen ausgibt (die ja den grossen Gesellschaften Gewinne bringen), werden ein derartiges Budget mit Zähnen und Klauen brennen. Und das wird wahrscheinlich der psychologische Augenblick sein, in dem Attlee die Krone um Auflösung ersuchen und zu Neuwahlen schreiten wird. In dem dann folgenden Wahlkampf könnte Labour dem Volke die Frage vorlegen, wer die Profite über Volkssicherheit, Parteivorteil über Nationalwohlfahrt stellt. Das wäre kein schlechtes Wahlmotiv für die Arbeiterregierung.

- - - - -

Zum Bruderstreit in der "Bruderschaft"

-e. Die Elite der "Elite", welche die "Bruderschaft" zu sein vorgibt, ist in Streit geraten. Nach beiden Richtungen wird im Namen der "ungeschriebenen Ehrengesetze eines Deutschen" der Vorwurf der Ehrlosigkeit erhoben. Franke-Grieksch wirft dem aus der Bruderschaft ausgetretenen Organisationsleiter Beck-Broichsitter vor, "von einem Amt bezahlt zu werden, das gewisse oppositionelle Gruppen überwache." Der also Beschuldigte wartet mit dem Gegenvorwurf auf: "unter der Führung des finanzstarken Franke-Grieksch treibt eine Gruppe von Intellektuellen eine prosovjetsche Politik".

Dass Ex-SS-Führer Franke-Grieksch einiges Geld hinter sich hat, ist nicht unbekannt, dass er nicht antisowjetisch ist, ebenso wenig. Beck-Broichsitter, der Geld aus der Kölner Gegend bekommen haben soll, schillert zweifellos etwas weniger als sein in Kabalen besonders bewährter Gegenspieler, doch hat er immerhin bis zum Februar 1951 in Wort und Schrift seinen heutigen Gegenspieler gestützt. Der ehemalige Ia der Division Großdeutschland dürfte dabei auch intelligent genug sein, um zu wissen, dass er mit auf dem schaukelnden Pferdchen sass, das Franke-Grieksch so gerne in ein grosses trojanisches Pferd umbauen möchte. Beck-Broichsitter war auch darin der Meinung von Franke-Grieksch, dass er eine Anzahl von Politikern und Militärs als "zu westlich" ablehnte. Bei allem Respekt vor seinem individuellen Ehrenkodex fällt es schwer, ihm jetzt die grundsätzlichen Motive seines Austritts aus dem Orden zu glauben.

Könnte nicht der Grund für den ganzen Bruderstreit darin liegen, dass man im Bruderrat (dem Führungsgremium), bestürzt über die geringe Unterstützung die man im Lande fand, lediglich darüber in Streit geriet, über welche der deutschen Grenzen man gehen solle, um genügend Geld für die Verwirklichung des "Prinzips der Auslese" zu erhalten? Das wäre ein hinreichend triftiger Grund, dass selbst ein Dr. Achenbach seinen Austritt aus dem Bruderrat, dem Führungsgremium, erklärte und nur noch einfacher Bruder sein will. "Die Generation der Majore", die - so will es Franke-Grieksch - einmal die Elite in Deutschland sein soll, wird also in der Bruderschaft in der Zukunft nur noch in dem Ex-SS-Obersturmbannführer ihre Repräsentanz haben. An Subordination

gewöhnt, wird sie vermutlich noch einige Zeit brauchen, um zu erkennen, welches Spiel für den Osten sie da in Gang halten hilft gegen die Bundesrepublik.

+ + + +

Ein Ost-West Monolog

sp. Zu keiner Zeit mussten die Kommunisten in Westdeutschland so dickfellig und so selbstverleugnend sein wie jetzt, da ihnen von Pankow der Auftrag gegeben ist, unter allen, auch den beschämendsten Umständen ein "Ost-West-Gespräch" vorzutäuschen.

Vor wenigen Tagen wurde beim Bezirksekretariat der SPD in Dortmund angerufen: der erste Vorsitzende der KP Nordrhein-Westfalen, Josef Ledwohn, und das Vorstandsmitglied Jakob Bongardt möchten gern mit der Bezirksleitung über den Brief sprechen, den der Parteivorstand der KP an den Parteivorstand der SPD geschickt habe. (Inhalt des Briefes siehe Grotewohl). Die SPD-Bezirksleitung winkte ab, man sei nicht interessiert. Trotz dieser deutlichen Ablehnung erschienen plötzlich und unangemeldet Ledwohn und Bongardt höchstpersönlich im SPD-Bezirksbüro, um das verweigerte "Gespräch" zu führen.

Es war im wesentlichen ein Monolog, vorgetragen von dem SPD-Bezirkssekretär Wenke. Die KP, so sagte er den verdutzten kommunistischen Funktionären, sei keine deutsche, sondern eine russische Partei. Man könne daher mit ihr über deutsche Fragen nicht diskutieren. Über den Frieden könne man nicht mit moskauhörigen Kommunisten sprechen, denen aus jedem Knopfloch der Militarismus schau. Man könne auch nicht mit jemandem verhandeln, der die Konzentrationslager in der Ostzone dulde und man könne ferner nicht Gespräche über die Einheit Deutschlands mit jemandem führen, der die Oder-Neiße-Grenze anerkenne, also der Zerstückelung Deutschlands das Wort rede. Und da Wenke schon einmal beim Auspacken war, sagte er noch, die SPD werde nicht mit einer Partei verhandeln, "die es mit der Ehrlichkeit so wenig ernst nimmt, dass man immer das Gefühl hat, dass ihre Vertreter schon zweimal gelogen haben, wenn sie einen "Guten Morgen" sagen."

Demit betrachtete Wenke den Monolog als abgeschlossen und den Kommunisten blieb nichts anderes übrig, als sich zu empfehlen. Am nächsten Tage konnte Wenke zu seinem Erstaunen in der KP-Zeitung, auffällig aufgemacht, lesen, dass "Ein Gespräch der KPD-SPD" von anderthalb Stunden Dauer stattgefunden und Ledwohn zum Abschluss erklärt habe, er betrachte das Gespräch noch nicht als beendet.

Solche Ledwohns gibt es in der ganzen Bundesrepublik. Sie sind im Grunde genommen zu bemitleiden.

+ + + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt